

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr	375a 16
		TOP:	
	Verhandlung	Drucksache:	544/2009
		GZ:	KBS

Sitzungstermin:	07.10.2009
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	BMin Dr. Eisenmann
Berichterstattung:	die Vorsitzende
Protokollführung:	Herr Häbe fr
Betreff:	Sicherheitstechnische Ausstattung an Stuttgarter Schulen Ergebnis der Überprüfung nach den Vorfällen von Winnenden

Beratungsunterlage ist die dieser Niederschrift angeheftete Vorlage des Referats Kultur, Bildung und Sport vom 22.09.2009, GR Drs 544/2009.

In der Gruppe, welche sich über die Sicherheit an Schulen Gedanken gemacht habe, so StR Lazaridis (90/GRÜNE), habe schnell Klarheit darüber bestanden, dass absolute Sicherheit nicht machbar sei. Zu den Überlegungen, wie Informationen zwischen dem Sekretariat und den einzelnen Klassenräumen ausgetauscht werden könnten, gebe es verschiedene technische Lösungen. Bei den nun vorgesehenen Anlagen handle es sich nicht um Gegensprechanlagen. Diese eröffneten lediglich die Möglichkeit seitens des Sekretariates Informationen in die Klassenräume zu senden. Dafür 16 Mio. € auszugeben wertet er kritisch. Er plädiert dafür, die Mittel für Schulsozialarbeit auszugeben und kündigt an, dieses in den Haushaltsplanberatungen zu thematisieren.

Positiv zur Vorlage äußert sich StRin Ripsam (CDU). Ob 16 Mio. € für sicherheitstechnische Dinge ausgegeben werden sollen, müsse in den kommenden Haushaltsplanberatungen entschieden werden.

BM Dr. Eisenmann informiert, es handle sich um keine Budgetmittel, sondern um zusätzliche Mittel. Ausgesprochen dankbar zeigt sie sich, dass diese Lösung

gemeinsam mit der Finanzverwaltung gefunden werden konnte.

Die zur Verfügungstellung zusätzlicher Mittel begrüßt StR Kanzleiter (SPD). Vor dem Hintergrund der von StR Lazaridis favorisierten Stellenschaffungen für Schulsozialarbeit anstelle von Investitionen in sicherheitstechnische Belange bittet er um Auskunft der Verwaltung darüber, ob sich dann eine haftungsrechtliche Fragestellung ergibt. Seines Erachtens werden zusätzliche Schulsozialarbeiterstellen wohl ohnehin benötigt.

Danach erklärt die Vorsitzende, zu haftungsrechtlichen Fragen könne sie keine Aussage machen. Die Verwaltung habe dargelegt, wie einzelne Schritte aussehen. Dabei zeigt sie sich erleichtert darüber, dass zusätzliche Mittel zügig eingesetzt werden können. In den Haushaltsplanberatungen müsse man sich mit den Fragen der Schulen, der Polizei etc. zum Thema "Was wäre eine sinnvolle Möglichkeit im Falle eines sogenannten Großschadenereignisses?" auseinandersetzen.

Abschließend stellt BM Dr. Eisenmann fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

zum Seitenanfang